

F-02 Grüne Finanzpolitik

Antragsteller/innen: Robert Zion u.a.

Gegenstand: Grüne Finanzpolitik

Anmerkungen:

Alternativen zum Kommando des Finanzmarktsystems erarbeiten - Das Primat der Demokratie zurückgewinnen

- 1 Die Bundespartei und die Bundestagsfraktion setzen zeitnah eine Arbeitsgruppe ein, die
2 unter Hinzuziehung externen Sachverständigen eine Stellungnahme für die
3 Bundesdelegierten-Konferenz 2012 in Hannover erarbeitet und dort vorlegt. Die
4 Stellungnahme umfasst Vorschläge bezüglich nachfolgender Fragestellungen:
- 5 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
6 alleinigen Übertragung der Geldschöpfung im Euro-Raum auf die Europäische
7 Zentralbank (EZB).
 - 8 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
9 Einführung eines realwirtschaftlich verankerten Referenzsystems für den Euro mit
10 entsprechender Konvertibilität (analog zur Funktion des US-Goldstandard des
11 ehemaligen Bretton-Wood-Systems).
 - 12 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
13 ordnungspolitischen Entflechtung des gesamten Banken- und Finanzsektors in der
14 Bundesrepublik Deutschland und im Euro-Raum und dessen Unterordnung unter
15 öffentlich-rechtliche Kontrolle.
 - 16 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
17 Einführung von Wechselkurs-Zielzonen zwischen den Währungen auf internationaler
18 Ebene.
 - 19 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
20 Erarbeitung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Kosten der
21 gegenwärtigen Marktberäumung im Finanzsektor (in absoluten Zahlen und auf der
22 Zeitschiene) sowie volkswirtschaftliche Alternativvorschläge. Dabei sind abzusehende
23 Bankenverstaatlichungen (und damit die Sozialisierung der Kosten), Inflationsgefahren
24 und politische Folgen mit zu berücksichtigen.
 - 25 □ Etwaige Notwendigkeiten, Möglichkeiten und konkrete Umsetzungsschritte der
26 parlamentarischen Verfahrensabsicherung von Aufrechterhaltung bzw.
27 Wiederherstellung des uneingeschränkten Budgetrechts (Diskussions- und
28 Entscheidungsrechte) des ganzen deutschen Bundestages zu allen Vorgängen der
29 Ausreichung von Garantien, Krediten oder Zahlungen zur Unterstützung von Euro-
30 Ländern und Finanzinstituten.

31 **Begründung:**

32 Das gegenwärtige Finanzmarktsystem hat längst einen supranationalen, die Steuerungs- und
33 Regulierungsmöglichkeiten unserer Demokratien übersteigenden Charakter angenommen.
34 Innerhalb der Hierarchie der Märkte mit den Finanzmärkten als Steuerungssystem an der
35 Spitze beginnen die Marktmechanismen jedoch mittlerweile in einem die Demokratie

36 gefährdenden Ausmaß zu versagen. Zudem ist ein unübersehbares Geflecht von
37 Anspruchstiteln durch das bisherige System der Geldschöpfung durch Kreditvergabe und
38 weitere Finanzmarktprodukte entstanden, die unsere Gesellschaften und ihre Zukunft über
39 ein noch vertretbares Maß hinaus belasten. Gütermärkte, Arbeitsmärkte sowie
40 Staatshaushalte und damit die Politik werden so immer mehr zu Anhängseln der
41 Finanzmärkte. Statt volkswirtschaftlichen Zusammenhängen ein Maß zu geben, sind die
42 Finanzmärkte selbst maßlos geworden. Die gegenwärtigen Probleme sind daher
43 systemische Probleme, sie bergen die ernsthafte Gefahr in sich, sich äußerst negativ auf
44 die politische Stabilität, den sozialen Frieden und die Legitimation unserer
45 parlamentarischen Demokratie auszuwirken.

46 Solange die Politik nur unter aktuellem Druck handelt und bestenfalls
47 Schadensbegrenzung betreibt, wird sie der gegenwärtigen Vertrauens- und
48 Legitimationskrise nicht entkommen. Die Maßnahmen, zu denen hier Stellungnahmen
49 erbeten werden, gehen darum über das Nachjustieren einzelner Stellschrauben im
50 Finanzsystem hinaus. Sie könnten am Ende auf eine Neuordnung der gesamten
51 Finanzarchitektur zielen. Demokratisch legitimierte Verantwortung und Macht sollen so
52 wieder zusammengeführt werden – eine eigentlich unhintergehbare Voraussetzung jedes
53 demokratischen Systems.

54 Die Politik wird ihren demokratisch legitimierten Auftrag nur erfüllen können, wenn sie
55 wieder das Vertrauen der Menschen in ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnt. Nur dann
56 wird sie diese Krise im Interesse des Allgemeinwohls auch bewältigen können, eine Krise,
57 die keine finanztechnische Sachfrage mehr, sondern längst eine Machtfrage geworden ist.
58 Das Einzige, was in Zukunft noch „Too big to fail“ sein darf, ist unserer Demokratie.

59 **AntragstellerInnen:** Robert Zion, KV Gelsenkirchen; Hans Christian Ströbele, KV
60 Friedrichshain-Kreuzberg; Dr. Elke Seidel, KV Mittelmark-Fläming; Andrea Schwarz, KV
61 Karlsruhe-Land; Andrea Asch, KV Köln; Bärbel Röhner, KV München; Pia Paust-Lassen,
62 KV-Friedrichshain-Kreuzberg; Wolfgang G. Wettach, KV Tübingen; Gabriela Schuchalter-
63 Eicke, KV Wiesbaden; Pejo Boeck, KV Bielefeld; Joachim Schäfer, KV Frankfurt am Main;
64 Anna Schulte, KV Soest; Hans Christian Markert, KV Rhein-Kreis-Neuss; Stefan Füsers,
65 KV GAL Hamburg-Eimsbüttel; Birgit Brachat-Winder, KV Konstanz; Steffen Hoppe, KV
66 Gütersloh; Marc Vogt, KV Freudenstadt; Claudia Nobel, SV Oldenburg; Mathias Wittmann,
67 KV Dortmund; Hans Aust, KV Städteregion Aachen u.a.

68